Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 72 (1981)

Heft: 4

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Vorne mit dabei

Abgesehen vom alpinen Skisport sind die Schweizer zurzeit selten vorne mit dabei. Nicht nur im Sport. So wenigstens will es die veröffentlichte Meinung haben. Dabei werden allerdings manche nicht unbedingt spektakuläre, dafür aber für Wohlfahrt und für den (wirklichen) Fortschritt wesentliche helvetische Spitzenleistungen übersehen, die in der Stille erbracht werden. Übersehen wird beispielsweise, dass die Schweiz im Kampf gegen den Lärm und die Abgase des Strassenverkehrs mit Schweden in vorderster Front steht.

Inzwischen ist die Schweiz im Begriff, auch im Bereich des Atompflichtrechts in die «Poleposition» zu gehen. Der Ständerat hat soeben ein Kernenergiehaftpflichtgesetz verabschiedet, das zu einem internationalen Schrittmacher im Bereiche des Kernhaftpflichtrechts und der von ihm bezweckten Absicherung gegen alle erdenklichen Schäden aus Atomunfällen werden kann. Das Gesetz bringt nicht nur die unbeschränkte Haftung, eine Neuerung, die nur jenes Land kennt, auf das die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki fielen. Und es zieht, was die Grosszügigkeit der Versicherungssummen betrifft, mit dem Spitzenreiter Deutschland weitgehend gleich. Weiter: Es hält die Pflicht der Eidgenossenschaft zur Entschädigung im Falle von Grosskatastrophen fest, die über das versicherbare Mass hinausgehen. Der Konzessionsinhaber haftet, wenn gegeben, bis auf den letzten Franken mit seinem Vermögen. Atomschäden, die durch kriegerische Einwirkungen oder Naturgewalten (Erdbeben!) hervorgerufen werden, haften gemäss Ständeratskonzept künftig die A-Werke. Die Kausalhaftung wird unbegrenzt verwirklicht.

Bei streng rechtlicher Betrachtung und unter Hintanstellung psychologisch-politischer Gesichtspunkte liegt der Schluss nahe, man habe den Haftungsbegriff reichlich strapaziert und dies sei eine zweifelhafte Beruhigungstherapie. Trotzdem haben auch gewiegte und gewissenhafte Juristen im Rate gefunden, schwerer als solche Bedenken wiege die Pflicht, für den unwahrscheinlichen, aber nicht undenkbaren Fall eines durch Krieg hervorgerufenen Atomunglücks sei so gut wie möglich vorzusorgen. So gut wie möglich bedeute in diesem Falle: Einführung der «Kausal»-Haftung auch für den Kriegsfall. Hier einen Kausalzusammenhang konstruieren ist aber gewiss fragwürdig. Rechtlich wenigstens. Psychologisch liegen die Dinge anders: Die rechtlichen Bedenken treten zurück hinter die Sorge, das denkbare Optimum vorzukehren für den Katastrophenfall. In Umkehrung eines bekannten Satzes könnte man sagen, der Ständerat habe nach dem Prinzip legiferiert: «Fiat mundus, pereat justitia.» Frei übersetzt: Dem Recht sollen elementarste Bedürfnisse vorgehen. Hoffen wir, das Gesetz habe die Probe auf die Richtigkeit dieses Grundsatzes nie zu bestehen!

Bleibt die Frage, wie das Ausland auf die helvetische Pfadfinderrolle reagieren wird. Und ob diejenigen, die an der Schweiz und ihrer Atompolitik keinen guten Faden finden, imstande sind, über ihren Atomschatten zu springen und anzuerkennen, dass hier eine grosszügige Pilot-Lösung gefunden wurde. *Hans Wili*

«Die Ostschweiz», St. Gallen, 19. Dezember 1980

NOK setzt wieder Gasturbinen ein

Zürich, 14. Januar. (SDA) Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) haben vergangene Woche ihre *Gasturbinenanlagen* in der Beznau (Gemeinde Döttingen AG) und Weinfelden nach mehrjährigem Unterbruch wieder in Betrieb genommen. Die Massnahme hat sich aufgedrängt, nachdem die NOK im bisherigen Verlauf des Winters 1980/81 durchschnittlich über 12 Prozent mehr elektrische Energie in ihr Versorgungsgebiet abgegeben haben als im Vorjahr. Zudem ist die Produktion der Wasserkraftwerke um etwa 13 Prozent geringer ausgefallen, wie die NOK mitteilen.

Die Anlagen werden mit Schweröl betrieben und weisen eine installierte Leistung von zusammen 60000 Kilowatt auf. Der Betrieb ist auf die Werktage beschränkt und dauert jeweils von morgens früh bis zum Abend. Bei einem täglichen Verbrauch von etwa 260 Tonnen Schweröl werden am Tag rund 800000 kWh erzeugt. Die Gasturbinenanlagen der NOK leisteten damit einen Beitrag an die durch die «enorme Bedarfsvermehrung» bei gleichzeitig verminderter hydraulischer Produktion notwendig gewordene *Steigerung der Energiebeschaffung*, heisst es in einem Communiqué der Elektrizitätsgesellschaft. *«Tages-Anzeiger», Zürich, 15. Januar 1981*

Ein Kohlekraftwerk in der Region Basel geplant

bis. Liestal, 26. Januar. Angesichts des stetig wachsenden Strombedarfs in der Region, des mehrfach manifestierten Widerstands einer breiten Bevölkerungsmehrheit gegen die Kernenergie und mit Blick auf die günstigen Transport- und Umschlagmöglichkeiten auf und am Rhein geistert in den beiden Basel schon seit einiger Zeit die Idee herum, den Ausweg aus einem drohenden Energieengpass durch den Bau eines Kohlekraftwerkes auf eigenem Hoheitsgebiet (Pratteln) zu suchen. An einer Presseorientierung in Liestal bestätigten die Baudirektoren von Basel-Land und -Stadt am Montag erstmals offiziell solche Pläne und stellten eine Art Vorabklärungsstudie vor.

Die Regierungen beider Basel befinden sich in einer heiklen Lage. Die Stimmbürger der beiden Halbkantone haben seinerzeit die Atomschutzinitiative mit massivem Mehr angenommen und später Gesetze gutgeheissen, die es den Behörden *verbieten, Kernkraftwerke selbst zu betreiben* oder sich an solchen zu beteiligen. (Vor über zehn Jahren lehnten es die Baselstädter bereits ab, sich am künftigen Kernkraftwerk Gösgen zu beteiligen.)

Trotz einer aufs äusserste sensibilisierten Bevölkerung und energiepolitischen Massnahmen (Energiegesetz Basel-Land, Energieleitbild beider Basel, anhaltende Sparappelle) *wächst der Energiekonsum* in der stark industrialisierten Region nachgewiesenermassen unaufhörlich an. Mit freundnachbarlicher Hilfe aus den über die Basler Haltung verärgerten Nachbarkantonen Aargau und Solothurn, aus welchen Atomstrom in die Verbundnetze fliesst, können die energiehungrigen Basler (zurzeit jedenfalls) kaum rechnen – im Gegenteil.

Ausweg Kohlekraftwerk

Als Ausweg aus der unbequemen Situation boten sich umfassende Sparmassnahmen und der Einsatz alternativer Energien an, die aber nach den (umstrittenen) Berechnungen aus der Energiewirtschaft für den künftigen Bedarf nicht ausreichen. Zu Buche schlagen und die Region längerfristig von den Versorgungsnöten erlösen würden einzig ein *Kohlekraftwerk* in der Grössenordnung von 300 Megawatt (= ein Drittel der Leistung von Gösgen). So jedenfalls sahen es schon bald nach den atomfeindlichen Volksentscheiden Vertreter der Energiewirtschaft und der Behörden. Und auch die Industrie und die Wirtschaftsverbände scheinen nach den Äusserungen mehrerer Exponenten heute *auf diese Karte zu setzen.*

Weil jedoch auch Kohlekraftwerke aus ökologischen Gründen politisch «heisse Öfen» sind, wurden mit aller Diskretion Studien zu Vorabklärungen in Auftrag gegeben. Erst parlamentarische Anfragen in Kantons- und Gemeindeparlamenten bewogen die Regierungen nun, die Karten ein wenig *aufzudecken.* Freilich haben die bisher unter Verschluss gehaltenen Pläne für ein Kohlekraftwerk im aargauischen Fricktal, das sich bisher eher zur Basler Haltung bekannt hat, und in der Umgebung des geplanten Standortes die Bevölkerung bereits aufgebracht und die Behörden verärgert.

Bald Vorlagen in den kantonalen Parlamenten

An der gemeinsamen Pressekonferenz wollte der basellandschaftliche Baudirektor *Paul Nyffeler* zwar nur von der «Idee» eines Heizkraftwerks auf der Basis Kohle/Gas sprechen. Da aber den beiden Parlamenten nächstens entsprechende Vorlagen unterbreitet werden sollen, ist es wohl angezeigt, von einem konkreten Vorhaben zu reden. Ein weiterer Hinweis dafür: Die Baudirektionen äussern sich in den Schlussfolgerungen zu ihrer «Idee» recht optimistisch in bezug

auf Realisierbarkeit, Umweltbelastung und fortgeschrittene Technologie eines Kohle/Gas-Kraftwerks.

«Tages-Anzeiger», Zürich, 27. Januar 1981

Der Kanton Aargau in der üblen Lage eines eidgenössischen Schwarzpeters?

Aarau – Zu einem «Grosskampftag» für Baudirektor Jörg Ursprung, den Senior im Regierungsrat, gestaltete sich die gestrige Sitzung des Grossen Rates in Aarau: Von der Linienführung der N3 über Kiesabbau und Regionalpläne bis zum Gewässerschutz und Förderung der Baugesetzgebung zugunsten Behinderter – immer stand er im Mittelpunkt der Diskussionen.

So auch, als es darum ging, eine Interpellation von Hans Zbinden (SP, Wettingen) zu beantworten, in der die heikle Frage angeschnitten wurde, ob der Aargau im bösen Spiel der Kantone um die Abschiebung von unerwünschten überregionalen oder nationalen Aufgaben nicht in eine «Schwarzpeter-Rolle» gedrängt werde.

Grundsätzlich stellte Ursprung fest, der Aargau habe als Kanton mit der viertgrössten Bevölkerungszahl und der drittgrössten Industrialisierung schon im eigenen Interesse Werke und Anlagen der Versorgung und Entsorgung zu errichten. Bei der Lösung dieser Probleme herrsche deshalb ein sachlicheres Klima vor als in verschiedenen anderen Kantonen.

Für die aargauische Politik sei ausschlaggebend, dass die sich aus dem Standort ergebenden Funktionen, Leistungen und Opfer in angemessener Form entschädigt würden. Damit sind nach Ursprung «beispielsweise die aargauische Elektrizitätspolitik, die Fahrplanproblematik sowie Schul- und Spitalabkommen oder der Hochschul-Lastenausgleich angesprochen».

Bei den Nagra-Probebohrprojekten habe die Regierung den Bundesbehörden deutlich zu verstehen gegeben, dass ein Einverständnis nur dann in Frage komme, wenn alle in Frage kommenden Gemeinden auch in den Kantonen Zürich, Solothurn und Schaffhausen nach den gleichen Kriterien behandelt würden. Mit ihrem Vorgehen sei die Regierung überzeugt, auf dem richtigen Weg zu sein.

«Aargauer Volksblatt», Baden, 21. Januar 1981

Schweizerhalle Pratteln im Vordergrund

Von 1990 an würden gemäss Vorstudie die vorhandenen Bezugsquellen den Strombedarf beider Basel kaum mehr zu decken vermögen, müssten die durch weiter ansteigenden Verbrauch trotz allen Sparanstrengungen und trotz Einsatz aller verfügbaren Alternativenergien entstehenden Lücken geschlossen werden. Die beiden Basler Regierungen tendieren auf Eigenproduktion, um die Region unabhängig von aussen zu machen. Ein *Kohle/Gas-Kraftwerk* (KGK) bietet sich nach der Vorstudie als realistische und realisierbare Möglichkeit an. Den genauen Strombedarf vermochte Baudirektor Nyffeler nicht zu nennen, er soll aber erheblich unter der Prognose des sogenannten Zehnwerkeberichts liegen. Die Leistung eines KGK wird deshalb vorsichtig auf 250 bis 350 Megawatt veranschlagt, die eine längerfristige Versorgung sicherstellen sollten. Diese Leistung muss aber nicht zwangsläufig auf ein einziges Kraftwerk konzentriert werden; man will auch die Möglichkeit studieren, kleinere Einheiten zu erstellen.

Als Areal werden 6 Hektaren für das Kraftwerk selbst und weitere 10 Hektaren für die Lagerung eines neunmonatigen Kohlevorrats (Tagesbedarf bis 3000 Tonnen) benötigt. Die möglichen Standorte auf Baselbieter Boden am Rhein – der Wasserweg ist eine Grundbedingung – sind beschränkt. Im Vordergrund steht das stark industrialisierte Gebiet Schweizerhalle in der Gemeinde Pratteln, das kaum mehr bewohnt ist und wo noch ausreichend Landreserven bestehen.

Die Vorstudie geht davon aus, dass ein KGK nach den *strengsten Vorschriften des Umweltschutzes* errichtet würde. Zur Anwendung kämen die fortgeschrittensten Technologien, so dass sich die nicht gänzlich zu eliminierenden Emissionen weit unter der Schädlichkeitsgrenze halten liessen. Auch die Kühlung hält das Arbeitspapier für ein lösbares Problem. Welches Kühlsystem auch gewählt wird, für den Rhein und die Umwelt soll es tragbar sein. Die Anlagekosten eines solchen Kraftwerks schätzt Nyffeler relativ vage innerhalb eines Rahmens von 500 Millionen Franken. *-bis.*

«Tages-Anzeiger», Zürich, 27. Januar 1981

Einseitige Atomdiskussion?

Seitdem sich die Ölpreise stabilisiert haben oder gar wieder leicht rückläufig tendieren, hat die Energiediskussion in der Schweiz an Intensität eingebüsst. Die Auseinandersetzungen haben sich auf Nebenkriegsplätze verlagert: Es geht heute im politischen Ringen um den Energieartikel in der Bundesverfassung, die Energiesteuer, die Bewilligungen für den Bau neuer Kernkraftwerke und die Nagra-Probebohrungen zur Erkundung von Lagerplätzen für radioaktive Abfälle.

Es ist zu hoffen, dass in diesem Grabenkrieg zwischen Atomkraftbefürwortern und Kernkraftgegnern, zwischen staatlichen «Interventionisten» und Anhängern einer «Laissez-faire-Marktwirtschaft» auch im Energiebereich das Hauptanliegen der schweizerischen Energiepolitik, die künftige Versorgungssicherheit, nicht völlig verlorengeht. Denn auch wenn die Energieversorgung zurzeit reibungslos funktioniert und nicht mit einer raschen Verteuerung der Ölprodukte Heizöl und Benzin zu rechnen ist, so läuft die Uhr, die das herannahende Ende des Ölzeitalters anzeigt, unaufhörlich ab. Je länger wir, der Bundesrat, das Parlament und das Stimmvolk, uns um notwendige Entscheide herumdrücken, desto kürzer wird die Frist, die für die Umrüstung auf das Nachölzeitalter bleibt, desto grösser wird die Gefahr neuer Ölschocks und Versorgungsunterbrüche.

Die Diskussionen an der Weltenergiekonferenz von München zeigten deutlich, dass die Frage der Weltenergieversorgung heute weniger ein Mengen- als ein politisches Problem ist. Auch wenn die Öl- und Erdgasvorräte nur noch wenige Jahrzehnte ausreichen, so sind weltweit genügend andere Energiequellen wie Kohle, Ölsand und Ölschiefer, Uran, Sonnenenergie, Wind- und geothermische Energie usw. vorhanden, welche eine ausreichende Energieversorgung gewährleisten sollten.

Woran es aber in vielen Ländern der westlichen Welt und auch in der Schweiz mangelt, ist der politische Wille, ein klares Energiekonzept zu realisieren. Die verschiedenen energiepolitischen Gruppierungen paralysieren sich gegenseitig und verhindern auf diese Weise, dass man die zu grosse Abhängigkeit vom seltener und teurer werdenden Öl reduziert. Die Energiediskussion in der Schweiz ist viel zu stark auf die Spezialfrage: «Kernenergie – ja oder nein?» konzentriert. In der Praxis wird es aber kaum um ein «Entweder-Oder» gehen, sondern vielmehr um die optimale Aufteilung der Beiträge der verschiedenen Energiespender an die Gesamtenergieversorgung.

Mark Schenker

«Tages-Anzeiger», Zürich, 28. Januar 1981

Mit dem Atommüll nach Lucens?

Bis Ende dieses Jahres will die schweizerische Elektrizitätswirtschaft ein konkretes Projekt für ein zentrales Atommüll-Zwischenlager auf dem Gelände des früheren Versuchsreaktors in Lucens (VD) ausgearbeitet haben, das vorübergehend bis zum Weitertransport zur Wiederaufbereitungsanlage in La Hague (Frankreich) den während zehn Jahren aus den schweizerischen Atomkraftwerken (AKW) anfallenden Atommüll aufnehmen soll.

(ddp). Das geplante Depot soll die Aufgabe eines «Puffers» zwischen dem Anfall des Atommülls in den AKWs und dem Weitertransport nach La Hague übernehmen. Die weitere Nutzung des Geländes des ehemaligen Forschungszentrums für Atomenergie in Lucens steht seit mehreren Jahren zur Diskussion. 1969 war es hier zu einem Reaktorunfall mit einer Kernschmelzung gekommen, wonach die Anlage stillgelegt wurde. Der abschliessende Untersuchungsbericht dazu erschien erst im vergangenen Jahr. 1976 taten sich nach den Worten des Stellvertretenden Direktors der SA l'Energie de l'Ouest-Suisse (EOS), Yves de Haller, die sechs grossen Gesellschaften ATEL, BKW, NOK, CKW, EG Laufenburg und die EOS zusammen und beschlossen, ein Vorprojekt für ein Zwischenlager auszuarbeiten. 1977 sei das Vorhaben den Behörden von Lucens und der Öffentlichkeit unter anderem mit einem «Tag der offenen Tür» vorgestellt worden. In einer späteren Konsultativabstimmung fiel das Projekt bei den Bewohnern von Lucens klar durch.

1979 wurde nach Angaben de Hallers für weitere Studien ein Konsortium gebildet. Bis Ende 1981 solle ein ausgearbeitetes Projekt mit Kostenberechnung usw. vorliegen. Weil die noch vorhandene Betriebsbewilligung für Lucens auf ein Kraftwerk beschränkt sei, werde vermutlich das neue Bundesverfahren für die Erlangung einer Rahmenbewilligung zum Zuge kommen.

In Lucens und den Gemeinden in der Umgebung scheint der Widerstand gegen ein Zwischenlager nach wie vor gross zu sein. Die Gegner befürchten eine Ausweitung zu einem Endlager von radioaktiven Abfällen und bezweifeln, ob die Brennelemente regelmässig nach La Hague wegtransportiert werden könnten.

«Berner Zeitung BZ», Bern, 24. Januar 1981

Wie lange noch: «Atomkraft? Nein danke!»

Wer kennt sie nicht, die runden, oft übergrossen Werbeteller an Autos? Kürzlich setzte sich ein junger Mann vis-à-vis im Zug mit der Etikette: «Atomkraft? Uff kei Fall!» Ich sagte ihm, er fahre jetzt auch mit Atomstrom, was er dann kurzweg als nicht wahr taxierte. (SBB ist aber in Gösgen wie in Leibstadt vertreten!)

Interessant bei dieser Situation: Diese eingefleischten Gegner – sie konsumieren laufend mit. Seit dem wir eine formierte Gegnerschaft haben, ist der Konsum alle Jahre um 3–4 % höher. Ist es nicht wie bei einem Alkoholiker, der laufend sagt «Uff kei Fall», aber trotzdem immer trinkt?

Die Angst vor der Atomkraft ist tief ins Volk hineingetragen. Man nutzt seine Kraft, hat aber Angst wie früher vor einem Ungeheuer. Redaktor Zurfluh schrieb einmal vom «vorprogrammierten Tod». Martin Stadler steigt hinten ein, beim Kühlturm, und findet darin die «babylonische Verwirrung».

Sicher hat diese Verwirrung einmal stattgefunden, sonst hätten wir nicht so viele Sprachen und Patois. Die Kernenergie erträgt aber alles andere als Verwirrung; sie verlangt Vertrauen. Warum schicken wir eigentlich noch Junge in die Schule, an ein Technikum, wenn wir deren Arbeit negieren, sie verteufeln? Weil die Atomkraft tatsächlich etwas unerhört Gewaltiges ist, die zu unserer Vernichtung, aber auch zu unserem Nutzen angewendet werden kann, ist sie zum Streitobjekt geworden.

Hier im Vergleich einige Beispiele von deren Kraft: Das Kraftwerk Gösgen braucht als Rohstoff knapp 30 Tonnen Uran im Jahr, oder 3 Eisenbahnwagen à 10 Tonnen. Wollte man dieses Uran mit Erdöl ersetzen, brauchte es 1,5 Millionen Tonnen oder 150000 Wagen à 10 Tonnen. Auf 1 Tag gerechnet braucht es 80 kg Uran als Rohstoff. Ersetzt mit Erdöl, braucht es täglich 410 Wagen à 10 Tonnen oder 10 Eisenbahnzüge zu 40 Wagen à 10 Tonnen. – Kohle braucht es 17 Eisenbahnzüge zu 40 Wagen à 10 Tonnen. Muss man sich da wundern, wenn unsere Werke, nebst der Wasserkraft, auf diese Kraft bauen?

Hier noch ein Urteil unserer Urner AKW-Gegner: «Elektrischer Strom ist ein hochwertiger Energieträger (hochwertiger als Erdöl). Es ist deshalb unsinnig, mit ihr nur zu heizen. Temperaturen, die zum Heizen nötig sind, kann man aus minderwertigeren Energiequellen (Sonnenenergie usw.) bereitstellen.» Ende des Zitats.

Solange wir noch 30 % unserer Energie in Form von Erdöl zu Heizzwecken verwenden, dürfen wir nicht gegen weitere Kernkraftwerke sein. Dies um so mehr, als alle Alternativenergien Strom als Voraussetzung bei uns haben müssen. Die Kernenergie kann und wird uns auf lange Sicht vom Erdöl weghelfen.

Unseren AKW-Gegnern muss der Markt auf dem Rohstoffsektor sehr zuwiderlaufen. Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt! Innert 5 Jahren hat sich der Ölpreis verdoppelt (eine Quelle für weltweite Inflation)! Uran – der Rohstoff für Kernkraftwerke – ist um 25 % billiger geworden. Das Uran selbst hat den Gegnern auch noch einen bösen Streich gespielt: Vor 3 Jahren noch hat man den Rohstoff auf 40 Jahre geschätzt, heute findet man laufend, in immer mehr Ländern auf der Welt verteilt, Lager für viele hundert Jahre. Zudem sind auf diesen Gebieten noch gewaltige Verbesserungen möglich. So darf man sich mit Recht fragen: Wie lange noch?

A. M.

Leserbrief aus «Urner Wochenblatt», Altdorf, 24. Januar 1981

Das Atomenergieproblem ist nicht blosse Glaubenssache

Die Auseinandersetzung über den *Kernkraftwerkbau* hat den Boden der Sachbezogenheit verlassen und ist weitgehend zur *Glaubenssache* geworden. Indessen hat sich in der Wirtschaftspolitik stets gezeigt, dass wirtschaftliche Fragen weder mit dem blossen Gefühl noch über einen politischen Kompromiss zu lösen sind. *Wirtschaftspolitik ist Sachpolitik*. Sie unterscheidet sich damit in keiner Weise von Sachfragen in andern Gebieten. Wer etwa glaubt, den statischen Berechnungen des Brückenbauers mit blosser gefühlsbetonter Kritik entgegentreten zu können, oder wer die Blinddarmdiagnose des Arztes mit einem nicht medizinisch begründeten Kompromiss glaubt aus der Welt schaffen zu dürfen, wird um bittere Erfahrungen nicht herumkommen.

Selbstverständlich kann man in Form eines *politischen Kompromisses* oder aus irgendwelchem Glauben heraus auch wirtschaftliche Entscheide treffen. Aber wenn diese Entscheide *in der Sache falsch* sind, werden sie nie zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Fehlentscheide fordern in allen Fällen ihren *Preis*. Wie hoch er sein kann, sehen wir etwa in den Fehlresultaten unserer Agrarpolitik oder derjenigen der EG, in den unlösbar gewordenen Problemen des Verkehrs, in der Krise der Uhrenindustrie, die ihre Wurzeln weitgehend in der lähmenden Wirkung des Uhrenstatuts hat, in der galoppierenden Inflation, wie sie seit bald 20 Jahren über die westliche Welt gekommen ist und ihr so etwas wie Dauerarbeitslosigkeit bescherte. Wenn wir uns vergegenwärtigen, welche *Folgen* aus einer unsachlichen Lösung des Kernenergieproblems in Kauf zu nehmen wären, dann scheint mir, sollte der Weg zu *vermehrter Objektivität* in der Auseinandersetzung um die Atomenergie zu finden sein, bevor sich schwer wiedergutzumachende Schäden wie Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit als Folge einer rigorosen Stromrationierung einstellen. Man kann sich auch nicht mit der blossen Feststellung von *Bundesrat Schlumpf* zufriedengeben, der Bau von *Kaiseraugst* sei immer noch *politisch möglich*, denn ohne Kernenergie geht es inskünftig nicht. Nach diesen beiden Erkenntnissen muss *endlich auch entschieden und gehandelt* werden.

Erwin Ruchti, Bern

Leserbrief aus «Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 30. Januar 1981

Wo bleibt der «Konsumverzicht»?

Wie von den Nordostschweizerischen Kraftwerken zu erfahren ist, lag der Verbrauch an elektrischer Energie in ihrem Versorgungsgebiet im vergangenen Dezember um 19,5 % höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Der enorme Mehrkonsum, der selbst die Fachleute der Energiewirtschaft in Erstaunen versetzt, geht aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf Konto des Verkehrs und der Industrie, sondern grösstenteils zu Lasten der privaten Haushaltungen. Man nimmt an, dass die angesichts der drohenden Ölkrise im Winter 1979/80 zu Tausenden gekauften elektrischen Heizöfen erst im schärferen Winter 1980/81 in Betrieb gesetzt wurden.

Nun war der Dezember 1980 mit einem Monatsmittel von minus 0,5 Grad (auf Zürich bezogen) zwar wesentlich kälter als sein Vorgänger im Jahre 1979 mit plus 3,8 Grad, lag indessen noch weit vom Extremwert dieses Jahrhunderts entfernt, der im Jahre 1917 mit minus 4,7 Grad registriert wurde.

Wie hoch, so fragen wir, wäre wohl der Stromverbrauch in einem wirklich kalten Dezember ausgefallen? Hätte die Kapazität unserer Kraftwerke ausgereicht, um der auch so schon verblüffenden Nachfragesteigerung zu genügen? Und wie gerne wären Herr und Frau Schweizer bereit gewesen, die unablässigen Energiesparappelle zu befolgen – und zum Beispiel ein bisschen zu frieren? *Max Korthals*

«Glarner Nachrichten», Glarus, 24. Januar 1981

Druckfehler

Wenn Sie einen Druckfehler finden,
bitte bedenken Sie,
daß er beabsichtigt war.
Unsere Fachzeitschrift ist bemüht,
für jeden etwas zu bringen
und es gibt immer Leute,
die nach Fehlern suchen!

«Elektrizitätswirtschaft», Frankfurt, 24. November 1980
(gilt auch für das Bulletin SEV/VSE)